

Correspondent

Ercheint
Mittwoch, Freitag,
Sonntag,
mit Ausnahme der Feiertage.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXX.

Leipzig, Sonntag den 28. August 1892.

N. 101.

Die Kollegen werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß der Correspondent bei allen Postanstalten auch für den letzten Monat jedes Quartals zum Preise von 34 Pf. abonniert werden kann. Wir bitten dafür agitieren zu wollen, daß Nichtleser hiervon Gebrauch machen.

Del auf die Wogen.

Bei der Führung unserer Prinzipale scheint allmählich doch die Einsicht aufzusteigen, daß es Holzwege sind, die sie mit der beabsichtigten Tarifverschlechterung wandelt. Der haarstarke Nachweis des bei Verlassen des alten Tarifs fertigen ungeheuerlichen Wortbruchs hat zwar weniger in Leipzig, um so mehr jedoch, wie wir wissen, anderwärts im Reiche stützig gemacht und manche von der Drachensaar abmahnde Stimme drang nach Pleiß-Athen hinüber. Noch eindringlicher als die Gewissensbelastung winkte von dem einseitigen Vorgehen die sich drohend ankündigende gewerbliche Anarchie ab; überall in Prinzipalskreisen tauchten die verschiedensten Wünsche hinsichtlich des Tarifs auf, die entweder befriedigt werden müssen und dann wäre der reinste Hegenjabbath proklamiert oder Ablehnung zu finden hätten, woraus die andre Unannehmlichkeit erwüchse, daß die Mißvergünstigten ihre tariflichen Ideen auf eigne Faust zur Geltung zu bringen suchen und die Führung desavouieren. Ohne die regulierende und die Partikularitätsgelüste im Zaume haltende Gehilfenschaft, das zeigt sich den Prinzipalsführern augenscheinlich bereits im Anfang ihrer diktatorischen Agide, ist eine tarifliche Ordnung unmöglich. Die zwei genannten warnenden Momente werden wirkungsvollst durch einen dritten unterstützt: nämlich durch den entrüsteten Protest der Gehilfenschaft gegen die Reduktion. Der Redakteur der Zeitschrift wipelt zwar über die Bewegung und stützt sich hierbei besonders auf die von ihm in die Welt gesetzte unwahre Angabe, daß die letzte Allgemeine Buchdrucker-Versammlung in Leipzig von nur 200 Kollegen besucht gewesen sei. In des die Versammlung zählte mindestens dreimal so viel Teilnehmer und nahm damit an Zahl den Rang ein, den Versammlungen in „Friedenszeiten“ eben haben. Dieser Durchschnittsbefuch, den die ungünstige Lage des Lokals erklärt, läßt jedoch nicht im geringsten auf die Stimmung innerhalb der Leipziger Kollegenschaft schließen, die in ihrer braven Mehrzahl stets am Plage war, sobald Tariffragen brennend wurden. Und welche Zufälle bei einem etwaigen Perfektwerden der Lohnherabsetzung möglich sind, wie der Eintritt der Reduktion den Funken ins Pulverfaß schleudern kann, das weiß die Zeitschrift ganz genau. Auch gilt alles das weit über Leipzig hinaus, die Berliner Resolution z. B. (s. heut. Nr.) läßt an Deutlichkeit kaum zu wünschen übrig. Mag nun gleich Herr Wiener über die Protestbewegung wipeln, diejenigen, für die er

schreibt, denken ernster darüber, zumal sie die Gehilfen doch „zerfchmettert“ glaubten. Mehr als Geld in den Kassen bedeutet die Einigkeit und eine plötzliche Aktion von kurzer Dauer trifft die Betriebe schwerer als eine lange, auf die sie vorbereitet sind. — Mit diesen Andeutungen soll nicht etwa ein neuer Streik angedroht werden, sondern nur Möglichkeiten erwähnt sein, die bei der anreizenden Handlung einer Lohnherabsetzung von den Prinzipalen ins Auge gefaßt werden müssen.

Und offenbar sind sie, die vorgenannten drei Momente, ins Auge gefaßt worden: die Belastung mit dem Wortbruche, die Tarifanarchie und hauptsächlich der Gehilfenprotest. Die Prinzipalsführung fängt, wie wir eingangs sagten, an zu merken, daß sie sich auf dem Holzwege befindet und gießt Del auf die stürmischen Wogen. Als solches ist folgende in der neuesten Nummer (35) der Zeitschrift enthaltene Bekanntmachung zu betrachten. Sie lautet:

Allen sämtlichen Buchdruckereibesitzer Deutschlands.

Unter Bezugnahme auf unsre Bekanntmachung in Nr. 31 der Zeitschrift, betreffend die Veröffentlichung des revidierten Tarifentwurfs, verlängern wir hierdurch den Termin zur Einsendung von Anträgen auf mehrfachen Wunsch bis zum 6. September 1892.

Gleichzeitig wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß eine Abänderung der bestehenden Lokalzuschläge, sofern dies nicht von den beteiligten Prinzipalen und Gehilfen eines Ortes gemeinsam beantragt wird, nicht beabsichtigt ist und die Zubilligung eines geringeren Minimums nur bei solchen Orten erfolgen kann, in denen kleinere, ausschließlich für den lokalen Bedarf beziehentlich Zeitungsverlag in der Regel mit Handkraft arbeitende Betriebe vorhanden sind

Diese Bekanntmachung, datiert Leipzig, den 22. August, ist vom Vorstand und Tarifausschusse (Klinkhardt und Ramm) des D. B. V. unterzeichnet.

Wir gehen, ehe wir diese Auslassung sondieren, in der Durchsicht der Zeitschrift weiter und finden da den Leitartikel mit der Aufschrift: „Allzu scharf macht scharf“. Auch in diesem sind wir geneigt, eine die Wogen glätten sollende Kundgebung zu erblicken, freilich wir lassen, um dieses zu können, das darin enthaltene trennende Beiwerk außer acht und ziehen nur die einigend klingenden Bemerkungen in den Kreis der Betrachtung.

In dem Artikel wird natürlich die Gehilfenschaft als das Karnickel allen Streitens hingestellt. Hätten die Gehilfen den U. B. der Prinzipalsorganisation angepaßt anstatt eine „Kampfsorganisation“, bloß berechnet auf die „Rache für Sadowa“, zu schaffen, dann würde nach der Zeitschrift wieder Aussicht auf Frieden geworden sein. Das Blatt drückt zwischen den Zeilen sein Bedauern über die „Kampfschwüchtigkeit“ im Gehilfenlager aus, meint, die Tarifreduktion, die von ihm selbstverständlich auf ein Minimum

— auf 1 Prozent! — zu verkleinern gesucht wird werde nur dazu benutzt, der Gehilfenschaft die Notwendigkeit des kriegerischen Zusammenhaltes vor Augen zu führen und sie in die neue Kampfsorganisation zu treiben und rät endlich, die „scharfe Tonart“ aufzugeben und den Prinzipalen vertrauendes Entgegenkommen zu erweisen.

Dies der Extrait des Artikels. Wir wollen ihn als ehrlich gemeint aufnehmen und uns hierin auch dadurch nicht beirren lassen, daß in einem weiteren Artikel über die Auflösung der Zentralfrankenkasse die Zwietracht in der Gehilfenschaft geschürt wird. Wir wollen einmal annehmen, daß hierbei nur ein mehr zufälliges Zusammentreffen vorliegt und daß beide Artikel sowie die Bekanntmachung nicht die Absicht verfolgen, die Gehilfen zur Hälfte einzuschlummern und zur andern Hälfte zu verhexen, sondern daß die neueste Zeitschrift den Zweck verfolgt, einen wirklichen Friedenszustand anzubahnen.

Rehren wir also zuvörderst zur Bekanntmachung zurück. In ihr — wie auch im Artikel — wird betont, daß der Prinzipalstarif bloß Entwurf sei. Mit Genugthuung nehmen wir davon Akt, bisher „las mans anders“ — wie Tiefenbach im Wallenstein sagt. Die Lokalzuschläge sollen nur auf Antrag von Prinzipalen und Gehilfen geändert werden können — auch diese Neuigkeit befriedigt ein wenig, denn eine Reduktion der Lokalzuschläge ist demgemäß ausgeschlossen. Das Minimum soll nur in Landstädten unbedeutendster Art geschmälert werden — das läßt sich ebenfalls einigermaßen hören, doch auch diese Fassung muß immerhin noch zurückgewiesen werden.

Im Artikel „Allzu scharf macht scharf“ übergehen wir von vornherein die gegen die Gehilfenschaft, deren Leitung und den Corr. erhobenen Vorwürfe; sie müssen ja das unrichtige Vorgehen der Prinzipalsführung dürftig motivieren. Häufig genug haben alle Faktoren innerhalb der Gehilfenschaft ihre Friedensliebe bewiesen, am meisten geschah es durch das Zurückgehen auf eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung bei der letzten Tarifberatung. Es hieße Gulen nach Athen tragen und die Denkfähigkeit unserer Leser verhöhnen, wollten wir ausdrücklich nachweisen, daß die Zeitschrift von der Gehilfenschaft ein Zerrbild malt. Und der gutgehaßte Correspondent wird deshalb gut gehaßt, weil er vor aller Welt schwarz auf weiß die Anfälle abzuschlagen hat; daß er zu diesem Behufe nach dem Zeugnisse der Zeitschrift eine scharfe und schneidige Klinge führt, soll zugegeben sein und wir hoffen, sie werde so lange, wie uns der Kampf aufgedrungen wird, nicht stumpf werden. Wäre die Zeitschrift in den Gehilfenversammlungen ein Mäuschen, dann könnte sie dort öfter die Kritik des Corr. noch übertreffen finden. Der Correspondent führt den Kampf wahrhaftig

nicht um des Kampfes willen, sondern damit das Proletariat des Buchdruckgewerbes wenigstens seine schwer errungenen Lebensbedingungen intakt erhält. Auch uns würde eine Friedenspeife trefflich behagen und wir bieten sie gern den Gegnern an. Nicht immer haben wir in die Schlachttrompete geblasen. Man schlage gefälligst, um sich zu überzeugen, die Nummern des Corr. nach der Stettiner Tarifrevision nach, wo wir uns redlich Mühe geben, auf Grund der Stettiner Resolution ein wohlthätiges Gebäude sowohl für Prinzipal- als Gehilfenschaft zu errichten. Wesentlich aus diesen Vorarbeiten entsprang die beiderseitige Konferenz in Leipzig, welche die Resolution mit Oktober 1890 in Kraft zu setzen beschloß. Waren es nicht die Prinzipale, die die errichteten Außenmauern wieder einrissen anstatt das Haus im Innern auszubauen? Datiert nicht von daher erst das Unheil?

An den Prinzipalen liegt es, Ruhe und Frieden zu halten, die Gehilfen sind längst bereit dazu. — Was heißt denn „Kampforganisation“? Die Gehilfen werden immer obenan die Einigung stellen und der U. B. hat sich von polizeilicher Bevormundung losgelöst, weil sie ihn in der Stunde heißen Ringens gelähmt hatte. Ist das so unbegreiflich? — Was heißt „Rache“? Die Zeitschrift sagt selbst, ihr Ausbruch sei fern und in der That denkt, so weit der abgeschlossene Kampf in Rede steht, niemand an solche; nur die jetzigen, nach Friedensschluß versuchten Schmälereien können ein Rachegefühl erzeugen und eben sie charakterisieren sich als unedle Rache unserer Prinzipale. — Wie steht es schließlich mit dem „vertrauenden Entgegenkommen“, das die Gehilfen den Prinzipalen zeigen sollen? Schwer muß nach den von den Prinzipalen im Kampfe gebrauchten Mitteln den Gehilfen ein vertrauensvolles Entgegenkommen zu diesen freilich fallen, vielleicht hätte aber auch hierin die Zeit als Balsam gedient. Indes da müssen doch zuerst die Prinzipale mindestens die Abmachungen, ihr gegebenes Wort halten und es nicht unter billigen Ausreden ohne den leisesten Anlaß brechen.

Nun, wiegen wir uns eine Weile in der Hoffnung, daß mit den neuesten Kundgebungen in der Zeitschrift die Prinzipalführung beginnen will, es den Gehilfen zu ermöglichen, ihr vertrauensvolles entgegenzukommen. In dieser Hoffnung verzichten wir vorerst auf eine Reihe von Reflexionen, die neben der hier geäußerten Auffassung der Bekanntmachung und des Artikels in uns aufstauen, verzichten wir, uns des durch die Bekanntmachung dokumentierten Erfolges zu rühmen, den die Gehilfen unstreitig dadurch errungen, daß sie sich in Positiv setzten und von Reduktionen der Lokalzuschläge u. dergl. die Gegnerschaft abhielten. Wären die Proteste im Reich unterblieben, hätten die Kollegen den angedrohten Prinzipalstarif dumpf und stumpf auf sich herabplätzen lassen, auf dem Fuße hätte die Reduktionsmaschine mit Dampfkrast weiter gearbeitet. Nunmehr ist sie abgestellt und aus dem Prinzipalstarife, der mit 1. Oktober eingeführt werden sollte, ist ein Tarifentwurf geworden.

Unsere Vorschläge — wenn wir die Zeitschriftsymptome als ausgefreckte Hand erblicken können — um alle Beunruhigung aus dem Gewerbe zu verbannen und ein geschäftlich erprießliches Arbeiten zu ermöglichen, sind spottwohlfeil: 1. ändere die Prinzipalität den Tarifentwurf derartig um, daß die Positionen insgesamt dieselben sind wie im Tarife von 1890, achte sie also die Abmachungen bei Ende des Ausstandes, 2. komme sie der Gehilfenorganisation ebenso vertrauensvoll entgegen wie sie es von dieser verlangt, stelle die Feindseligkeiten gegen dieselbe ein und dulde die Vereinsmitglieder bezw. das

Koalitionsrecht; 3. sorge sie möglichst für Einstellung der Arbeitslosen und 4. mäßige sie die Arbeitsordnungen auf die gesetzlich notwendigen Bestimmungen herab.

Trägt sie diesen elementaren Ansprüchen Rechnung, so darf die Prinzipalität auf eine längere Reihe von Jahren wegen Neuforderungen und Schwierigkeiten unbesorgt sein. Was man Frieden nennen kann, es wird herrschen.

Werden dagegen besonders die ersten beiden Punkte übertreten, so wird die Gehilfenschaft gleiches mit gleichem vergelten. Dann wird permanenter, zwar kleiner aber desto aufreibenderer Krieg die notwendige Folge sein.

Möge man drüben das erste Angebot wählen. Diese Wahl wird erwartet werden können, sobald die Kollegen ihren Willen wie bisher deutlich zu erkennen geben.

Vorstehendes ist unsre Antwort auf die neueste Nummer der Zeitschrift. Sollte diese Del auf die Wogen gießen, so haben wir uns revanchiert durch ein Wort zum Frieden.

Korrespondenzen.

r. Altenburg. Durch die Bekanntmachung des Tarifausschusses des Deutschen Buchdruckervereins wurde seitens der hiesigen Vereinsmitglieder Veranlassung genommen, eine Allgemeine Versammlung abzuhalten, welche am Sonnabende dem 20. August stattfand und von 73 Mitgliedern und Nichtmitgliedern besucht war. Der Vertrauensmann berichtete über die Bekanntmachung des Tarifausschusses und im weiteren laut Bericht der Zeitschrift über die Verhandlungen der Prinzipalversammlung in Breslau, die klagliche Abstimmung des Vorstandsantrages, welcher mit nur 15 von 28 Stimmen angenommen wurde, hervorhebend. Aus der daselbst gepflogenen Debatte sei ersichtlich, daß auch unter den Prinzipalen der „neue allgemeine Tarif“ nicht viel Anhänger finden werde, übrigens sei der Mißbrauch des § 44 des Tarifs bebauerlich. Nach einer kurzen Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „In anbetragt, daß der Tarifausschuß des D. B. V. beabsichtigt, vom 1. Oktober dieses Jahres ab einen neuen, zum Teile reduzierten Tarif einzuführen, welcher besonders für die Kollegen in der Provinz durch eventuelle Herabsetzung der jetzigen Lokalzuschläge und des Minimums nach Antrag der Prinzipale schädigend wirken muß, in anbetragt ferner, daß Gefahr vorhanden ist, die überflüssigen Arbeitskräfte, wenn die Lehrlingskasta verschlechtert wird, noch weniger unterbringen zu können, sowie daß der in Aussicht genommene Tarif nur einseitig und nicht nach § 44 des Tarifs zu stande gekommen ist, erklärt sich die heutige Allgemeine Versammlung der Buchdrucker Altenburgs mit dieser harten und nicht unbedingt nötigen Maßregel in der gegenwärtigen Zeit, wo die Lebensmittelpreise kaum nennenswert bessere geworden sind, nicht einverstanden, sondern erjudet den Tarifausschuß des D. B. V. um Abänderung seines Beschlusses und um ein Fortbestehenlassen des bisherigen Tarifs, bis eine neue Vereinbarung zwischen Prinzipal- und Gehilfenvertretern getroffen worden ist.“ — Zum Schluß wurde noch zum Beitritt in den U. B. aufgefördert, da es gegenwärtig nicht mehr absolut nötig, der Zentralfrankenkasse anzugehören, welche in der Auflösung begriffen sei.

T. Berlin. Bericht über die Allgemeine Buchdruckerversammlung am 17. August im Böhm. Brauhaus.) Kollege Massini referiert über das Gewerbegericht. Er kennzeichnet die Ungünstigkeit des vom Magistrat entworfenen Diszisions und spricht die Erwartung aus, daß der Oberpräsident die Genehmigung dazu verlagern werde. Nach dem Entwurfe sind für Berlin 420 Beisitzer, je 210 Arbeitgeber und Arbeiter, zu wählen und zwar auf die Dauer von sechs Jahren. Alle zwei Jahre soll ein Drittel der Beisitzer ausscheiden. Die Leitung des Gewerbegerichtes geschieht durch einen besoldeten Vorsitzenden (Magistratsbeamten). Vier Beisitzer, zwei Arbeitgeber und zwei Arbeiter werden in der Regel zur Sitzung eingeladen. Der Vorsitzende hat zwar darauf zu achten, daß möglichst ein Arbeitgeber und Arbeiter demselben Beruf angehören wie die streitenden Parteien, es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß mal beispielsweise ein Töpfer über Buchdruckerangelegenheiten aburteilt, da es dem Beamten überlassen bleibt, die Kräfte auszufuchen, welche er für befähigt hält. Die Verhandlung vor dem Gewerbegericht ist vollständig unentgeltlich, die unterliegende Partei hat aber die Kosten des gegnerischen Rechtsbeistandes zu zahlen. Die Wahlen zum Gewerbegerichte finden nach dem Modus der Stadt-

verordnetenwahlen statt. Der Magistrat teilt die Bezirke ein und stellt die Vertreter fest. Bedingung der Wahlberechtigung ist ein Alter von 25 Jahren, Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte und Nichtanspruchnahme der Armenunterstützung während des letzten Jahres. Der Arbeiter wählt nicht da, wo er wohnt, sondern da, wo er arbeitet und muß in dem Bezirke des Gewerbegerichtes seit mindestens einem Jahr in Arbeit stehen. Arbeitslose Wähler haben sich von der Polizei eine Bescheinigung zu verschaffen, daß sie seit einem Jahr am Ort und 25 Jahre alt sind; mit dieser Bescheinigung gehen sie in ihre bezüglichen Bezirke und veranlassen die Eintragung in die Wählerlisten. Die Wahlhandlung ist eine öffentliche und dauert von mittags 12 bis abends 9 Uhr. Die Wahl erfolgt durch Stimmenmehrheit. Redner fordert sodann zur eifrigsten Agitation für die Gewerbegerichtswahlen auf. Nur zielbewusste Genossen sollten in das Gewerbegericht gewählt werden. — Die sich anschließende Debatte war sehr lebhaft, u. a. wird ausgeführt, daß das Gewerbegericht in gewisser Beziehung besser sein werde als unser verflorenes Schiedsgericht, denn dem Beschlusse desselben müßten sich die Prinzipale fügen, während sie beim letztern auf den Beschluß „pfeifen“. Gerügt wird die ungerechte Einteilung der Wahlbezirke, wie auch das ganze Gesetz kritisch beleuchtet wird. Darauf werden als Kandidaten nominiert die Kollegen Faber, Massini, Stöbel und Teske (Maschinenmeister). — Zu dem folgenden Punkte der T. D., Stellungnahme zum Prinzipalstarif, referiert Kollege Bested. Er beleuchtet zunächst in einem kurzen Rückblicke die Versprechungen, welche die Prinzipalvertreter bei Abbruch der Tarifverhandlungen uns gegeben, zeigt im weitern den schönen Wortbruch derselben Herren und weist auf die Abmachungen, welche bei Beendigung des Streiks zwischen den Herren Bügenstein und Döblin stattfanden, hin. Trotz dieser Abmachungen, wonach der alte Tarif bis zu einer neuen Vereinbarung gelten sollte und obgleich die Prinzipale bei den Verhandlungen in Leipzig zu Teuerungszulagen sich bereit erklärt hatten, wagten sie jetzt, bei gleich ungünstigen Verhältnissen, Reduktionen vorzunehmen und versuchten noch, diese als Verbesserungen, die zum Wohle der Gehilfen vorgenommen sind, hinzustellen. Redner verliest die wichtigsten dieser „Verbesserungen“. Der Wortbruch der Prinzipale, fährt Redner fort, trete bei dieser Machenschaft offen zu Tage. Während sie früher die Beförden veranlaßten, uns aufzugeben, einen Passus ins Statut aufzunehmen, wonach wir auf die Tarifgemeinschaft verpflichtet werden sollten und nachdem sie uns veranlaßten, neue Vertreter in die Tarifkommission zu wählen, lösten sie selbst die Tarifgemeinschaft auf, als die Gehilfen nicht Marionetten, sondern Vertrauenspersonen wählten. Ohne Rücksicht auf die herrschenden Teuerungsverhältnisse hätten sie den traurigen Mut, uns Reduktionen anzubieten in Höhe von 10 bis 15 Proz. die Woche. Obendrein bildeten sich diese Herren noch ein, daß die Gehilfen diesen Aderlaß ohne weiteres über sich ergehen lassen würden. Damit die Gehilfenschaft einen Beweis von der „Großmut“ der Prinzipale erhalte, seien bis dato nur 21 Paragraphen „verbessert“. Die übrigen Paragraphen folgten nach und nach. Aber die Gehilfenschaft werde wieder Abredung halten. Da wo irgend möglich solle man der Reduktion energisch entgegengetreten und für die Zukunft ebenso handeln wie die Prinzipale. Für uns gebe es dann auch keinen Tarif. Das Recht des Stärkern werde gelten! Redner empfiehlt schließlich folgende Resolution: „Die am 17. August im Böhmischen Brauhaus tagende Versammlung der Berliner Buchdruckergehilfen lehnt mit Entrüstung die Zumutung der Prinzipale ab, zu einer Zeit, wo die Miets- und Lebensmittelpreise für den Arbeiter gerabegu unerschwinglich geworden sind, mitzuwirken, daß der bisherige, faum zum Leben ausreichende Lohn noch mehr gekürzt wird. Sie protestiert vielmehr gegen die Vergewaltigung und den Wortbruch der Prinzipale und erklärt, nie und nimmer den von den Prinzipalen angedrohten, jaft in allen seinen Paragraphen reduzierten Tarif anzuerkennen und macht es jedem Gehilfen zur Pflicht, überall da, wo er es erzwingen kann, nur nach dem 1890er Tarife zu arbeiten, bis mit der organisierten Gehilfenschaft in legaler Weise Vereinbarungen getroffen sind.“ Eine weitere Resolution wird vom Kollegen Giesecke beantragt; dieselbe beruft sich auf die Abmachungen der Herren Bügenstein und Döblin und bringt zum Ausdruck, daß die Versammlung fest auf dem Boden dieser stände. Zum Schluß lautet die Resolution: „Gleichzeitig spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß die Berliner Prinzipalität den Gehilfen die Hand bietet, diesen der Billigkeit entsprechenden Standpunkt so lange zu beaupten, bis eine anderweite Regelung stattgefunden hat. Zur Ueberreichung dieser ihrer Willensmeinung resp. zur Entgegennahme des Standpunktes der Berliner Prinzipalität wählt die heute tagende Allgemeine Buchdruckerversammlung eine Kommission und beauftragt dieselbe mit den geeigneten Schritten.“ — In der Diskussion spricht sich ein Redner gegen jeden Tarif aus, wir wollten nur die Lohnfrage regeln und diese

so günstig wie möglich gestalten. Das Hauptgewicht müsse auf die Erringung der politischen Macht gelegt werden und dazu sei der Anschluß an die internationale Sozialdemokratie notwendig. Ein weiterer Redner ist gegen Normaltarif und plädiert für Einzel-Tarife. Es sprechen noch mehrere Redner gegen das Accord-System; im übrigen verurteilten sämtliche auf das entschiedenste den größten Rechts- und Vertrauensbruch der Prinzipale. Man wies auch darauf hin, daß die Einigkeit unter den Prinzipalen durchaus nicht mehr in dem Maße wie früher vorhanden sei. Die Unzufriedenheit mit der Leipziger „Führung“ mehrte sich. — Nach dem Schlusssatz des Referenten wird die erste Resolution gegen 6 Stimmen angenommen, während man die Gieseler'sche Resolution ablehnt.

—en Darmstadt. In dem Artikel über das Generalversammlungs-Protokoll erblickt Herr -n einen der Zentralleitung gemachten Vorwurf und verteidigt letztere in etwas erregter Tone. Diese Auffassung ist eine falsche. Das späte Erscheinen der Protokolle ist ältern Datums und da wegen den damit verknüpften Kosten der Vorstand allein nicht kompetent ist, eine Verrückung zu schaffen, so kann von einem solchen Vorwurf also nicht die Rede sein. Der Artikel war nur zu dem Zwecke geschrieben, daß diese Frage für kommende Fälle in Erwägung gezogen werden möge, wie am Schlusse desselben ausdrücklich gesagt ist. Gerade jetzt, wo alle Mitglieder auf das Protokoll warten, war der richtige Augenblick gekommen, auf diesen Mißstand einmal hinzuweisen, während vor der Generalversammlung eine diesbezügliche Anregung neben den vielen hochwichtigen Reorganisationsanträgen unbeachtet geblieben sein dürfte. Dies mag auch dem Herrn Kollegen St.-Dresden als Antwort auf das „späte Aufstehen“ dienen. Mit dem Sage: „Hoffentlich haben die Delegierten den Wind verstanden und erlauben sich derartige Extrabargenzen nicht wieder!“ will Herr -n wohl die Herren Delegierten darauf aufmerksam machen, daß sie durch die Erwähnung des Gruppenbildes quasi beleidigt worden sind. Das war nicht beabsichtigt und ich muß mich entschieden dagegen verwahren. Herr -n dürfte mit dieser Schluffolgerung übrigens allein dastehen. Das Bild selbst ist nicht abfällig kritisiert worden, sondern es wurde nur betont, daß das Protokoll wichtiger sei. Was das Bild anbetrifft, so bin ich im Gegenteile der Meinung, daß es allen Kollegen erwünscht ist, indem fast jeder das Konterfei manches wackern Reunionskämpfers darauf findet, der ihm durch sein Wirken und durch den Corr. wohl dem Namen nach, aber nicht persönlich bekannt war. Im übrigen bleibe ich dabei: Wenn das Protokoll seinen Zweck vollständig erfüllen soll, so muß es in kürzester Frist nach stattgehabener Generalversammlung erscheinen.

B. Dortmund, 16. August. Der Delegierte, Kollege Witrow, erstattete an einem der letzten Sonntage in außerordentlicher Bezirksversammlung in fast zweistündigem Vortrage Bericht über die letzte Generalversammlung des U. V. D. V. Sodann nahm Kollege Nüchter das Wort und erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten und den Beschlüssen der Generalversammlung soweit ganz einverstanden, doch müsse man die einzelnen Kassen noch in einem durchsichtigeren Lichte veranschaulichen. Wenn er auch gerade nicht mit sämtlichen Paragraphen einverstanden wäre, besonders nicht mit dem § 1, so müsse er doch aus tatsächlichen Gründen zugestehen, daß man allmählich weiter schreiten müsse. Weiter kommt Redner noch auf verschiedene Mißstände zu sprechen und tritt für den Leipziger Antrag betreffs des Ausschusses ein. Dem Redakteur des Corr. müsse weitmöglichste Freiheit gelassen werden. Hierauf fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung ist mit den Ausführungen des Referenten sowie mit den Beschlüssen der Generalversammlungen, speziell in der Zentral-Kranken- und Invalidenkassenfrage, einverstanden und erklärt, für die Verwirklichung derselben voll und ganz einzutreten.“

R. Emden, 22. August. Eine gar seltsame Auffassung scheint man in Hamburg von der aller Wahrscheinlichkeit nach bevorstehenden Auflösung der Z.-K.-R. zu haben — das muß sich jeder sagen, der den Artikel aus Hamburg in Nummer 98 des Corr. gelesen hat. Der Schlusssatz dieses Artikels lautet wörtlich: „Ferner wurde eine Kommission von sieben Mitgliedern (darunter die drei Generalversammlungs-Delegierten) gewählt, deren Aufgabe es sein soll, Material zu sammeln und für die späteren Schritte nach vollzogener Auflösung der Kasse Vorschläge zu machen, welche geeignet sind, die Rechte der Mitglieder nach allen Richtungen hin zu wahren.“ Fürwahr, ein unzweideutiges „Kompliment“ für den Zentralvorstand, der meines Erachtens an erster Stelle berufen ist, die Rechte sämtlicher, also auch der Hamburger Mitglieder zu schützen. Von einer Wahrung der Rechte der Mitglieder kann wohl erst dann die Rede sein, wenn der Zentralvorstand seinen Pflichten nicht nachkommt oder aber wenn die Auflösung in einer Form erfolgen sollte, welche der Stipulation im letzten Absätze des § 49

nicht entspricht. Dieser Bestimmung muß unter allen Umständen Rechnung getragen werden; andernfalls wird es an Protesten nicht fehlen, denen sich anzuschließen der Einsender dieses wohl kaum Bedenken tragen würde. Auf welche Seite sich in solchen Fällen die Aufstrebende stellen wird, das dürfte wohl klar auf der Hand liegen. (Die betr. Stelle im Hamburger Berichte wird in der That mehrfach befreit haben und eine nähere Präzisierung derselben wäre jedenfalls wünschenswert. Im übrigen darf der Herr Verfasser vorstehenden Artikels über die Handhabung des Status wohl unterrichtet sein, auch der Behörde wird keine Gelegenheit zum Einschreiten gegeben werden. — Uebrigens wird der angezogene Absatz des § 49 umweniger zu Kopfschmerzen Anlaß geben, als bei Liquidation der Kasse der Bestand durch die Verpflichtungen den vorhandenen Kranken gegenüber aufgezogen werden dürfte.)

Paris. Der sechste Kongreß des französischen Bucharbeiterverbandes, der hier Ende Juli bei fast tropischer Hitze abgehalten wurde, zählte gegen neunzig Teilnehmer, unter denen Vertreter des belgischen Buchdruckerverbandes, des zweiten Pariser Syndikats und mehrerer fernstehender Berufsgenossenschaften. Die hier angenommenen Beschlüsse, deren Vollzug einen bedeutenden Fortschritt zur innern Befestigung und zum weiteren Ausbau des Verbandes zu bewirken geeignet ist, haben bei allen Mitgliedern große Befriedigung erweckt. Es sind die früher statutarisch sehr eng gezogenen Grenzen des Unterstützungsanrechtes bei Streitfällen beträchtlich erweitert worden und jede Section kann, wenn Zeit und Umstände ihr günstig scheinen, im Einvernehmen mit dem Hauptvorstand einen auf Grundlage des mittlern Tagelohnes ihres Bezirks ausgearbeiteten Tarif vorlegen. Das Fortbestehen des Vorkaufswesens bleibt gesichert und zwar die Reiseunterstützung ungeschmälert, denn es soll der fällige Verbandsbeitrag nicht mehr davon in Abzug gebracht werden. Der Beitritt zum internationalen Buchdruckerverbande wurde trotz der formell entgegenstehenden Landesgesetze einmütig ausgesprochen. Da eine Vergrößerung des Verbandsorgans für wünschenswert erachtet wurde, so fand der Vorschlag, die hierdurch entstehenden Mehrkosten mittels Aufnahme zu bezahlender Anzeigen zu decken, bereitwillige Zustimmung. Nach Erledigung verschiedener Fragen lokaler Natur wählte der Kongreß Marseille für 1895 als Zusammenkunftsort. Im Verlaufe der Tagung hatte der Lyoner Vertreter den Wunsch geäußert, der Kongreß möge einen noch-maligen Versuch zur Ausöhnung der beiden feindlichen Bruderhändel in Paris unternehmen. Diese Anregung mit lautem Beifalle begrüßend, berief die Versammlung sofort je einen Vertreter aus den zwölf Gaubezirken, dergestalt ganz Frankreich verständlich, zur Kommission. Deren Schritte waren insofern von Erfolg, als die Verschmelzung nunmehr nur noch eine Frage der Zeit sein dürfte, die sich der Syndikatsvorstand der Rue de Bailleur zur Ueberlegung ausbedang, im Gegensatz zu dem der Rue de Savoie, der sofort unumwunden hierzu bereit war. Vorkäufig wurde ein wichtiges Zugeständnis von den Vertretern jenes Syndikats protokollarisch abgegeben; danach soll der Beitritt zum Verbands für seine Anhängerschaft fakultativ bleiben, je verpflichtet sich aber, zu den Kosten künftiger Streiks beizutragen im Verhältnisse der Zahl ihrer Mitglieder, die sich dem Verbands nicht anschließen mögen. — Ein großartiges Festmahl mit darauffolgendem Ballo bildete den Schluß des Kongresses.

Strasbourg i. El., 23. August. Noch keine Versammlung uners Bezirksvereins war so zahlreich besucht als die auf letzten Montag einberufene freie Versammlung, zu der sich fast sämtliche Mitglieder eingefunden hatten. Und es war dies gewiß kein Wunder, galt es doch, den Vorsitzenden des U. V. D. V., Herrn Emil Döblin — welcher, einer freundlichen Einladung uners Vereins Folge leistend, auf seiner Reise zum Berner Kongreß unsre Stadt berührte — von Angesicht kennen zu lernen und aus seinem Munde einen Bericht über die gegenwärtige Situation des U. V. D. V. unter Rücksichtnahme auf die letzte Lohnbewegung zu vernehmen. Unser verehrter Gast entledigte sich nicht nur dieser Aufgabe in fast dreiertelstündiger Rede auf das trefflichste, sondern wußte auch sämtliche auf die allgemeine Fortentwicklung unserer Organisationen bezug habenden Anfragen, welche aus der Mitte der Versammlung an ihn gerichtet wurden, in einer so ausführlichen, sachgemäßen und würdigen Weise zu behandeln, daß er sich die Sympathien unser Mitgliedschaft im Sturm eroberte. Das Bewußtsein, durch seinen geübten Vortrag zu einem innigern Zusammenhalt unter unseren Mitgliedern sowie zur weitern Festigung unserer gegenseitigen Beziehungen beigetragen zu haben, mögen Herrn Döblin der schönste Lohn sein für seine Mühe. Nachdem der Vorsitzende Herrn Döblin für das unserm Vereine zugewendete Interesse den wärmsten Dank ausgedrückt hatte, schloß derselbe die uns in stetiger Erinnerung bleibende Versammlung mit einem Hoch auf den trotz

aller über ihn hereingebrochenen Ungemitter noch ebenso mächtig und gutgeföh als jemals dastehenden Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker, in welches sämtliche Anwesenden begeistert einstimmten.

—oo- Stuttgart, 20. August. Der unter Bezugnahme auf die Generalversammlungen des Unterstützungsvereins sowie der finanziellen Lage unsrer Gaukasse wegen am 7. August in Eßlingen abgehaltene Außerordentliche Gaugtag war von 35 Delegierten aus Stuttgart, je einem aus Ulm, Ravensburg, Heilbronn, Ludwigsburg, Gmünd, Cannstatt, Forzheim sowie Eßlingen besucht. Außerdem waren fast alle Mitglieder Eßlingens sowie viele aus Stuttgart anwesend. In einstuündigem Vortrage berichtete der Gauvorsteher Herr Sieburg über die Verhältnisse in den einzelnen Orten, über Verwaltungsangelegenheiten und hauptsächlich über die Vorbereitungen zu unsrer Reunionsbewegung und deren Folgen sowie die Generalversammlungen des U. V. D. V. — Der Schriftführer Herr Loew gedachte in kurzen Umrissen der Arbeiten des Ausschusses, welche, den Zeitraum vom April 1891 bis zum August 1892 umfassend, derselbe in 72 Sitzungen, 13 Mitgliedschaftsversammlungen und 22 Allgemeinen Buchdruckerversammlungen teil selbst erledigte oder den Versammlungen zur Erledigung unterbreitete. — Zur Jahresrechnung von 1891 nahm der Verwalter, Herr Knie, das Wort und berichtete über die Geschäftsabrechnung. Ihm wurde hierauf Decharge erteilt. Aus dem Berichte selbst seien nachfolgende Zahlen als wichtig speziell angeführt: Allgemeine Kasse und Gaukasse bilanzieren in Ausgabe und Einnahme im Jahr 1891 mit 106831,23 Mk., die letztere Kasse hatte am 31. Dezember 1890 einen Bestand von 7083,39 Mk. und am 31. Dezember 1891 1926,99 Mk., mithin eine Vermögensabnahme von 5156,40 Mk. Zahl der Mitglieder 1153 gegen 1003 im Vorjahre. Die Invalidenkasse schloß im gleichen Zeitraum mit 12489,90 Mk. und einem eingefandten Ueberflusse von 3557,64 Mk., die Krankenkasse mit 31538,75 Mk. und einem Ueberflusse von 8289,75 Mk. ab. — Zur Feststellung der Beiträge lag der Antrag der Mitgliedschaft Stuttgart und des Vorstandes: den Gaubeitrag von 10 auf 30 Pf. zu erhöhen, vor. Es entwickelte sich, nachdem der Antrag von seiten des Gauvorstandes sowie einzelner Delegierten des nähere begründet worden war, eine sehr animierte Debatte, an der sich namentlich auch die Provinzdelegierten beteiligten, da unterdessen noch zwei weitere Anträge eingegangen waren, wovon der eine eine Erhöhung von 10 auf 50 Pf., der andre dagegen eine solche von 10 auf 40 Pf. bezweckte; letztere beiden wurden von den betreffenden Antragstellern teilweise mit Geschick motiviert, schließlich aber doch in Rücksicht auf die Provinz abgelehnt und der Stuttgarter Antrag von 10 auf 30 Pf. einstimmig mit dem Einschlagsstermine des 27. August angenommen. Bei dieser Gelegenheit nahmen die Delegierten von Ravensburg, Reutlingen, Heilbronn, Ludwigsburg und Cannstatt Veranlassung, die örtlichen Verhältnisse zu schildern, die in einzelnen Orten bedeutend zu wünschen übrig lassen. — Bei Feststellung der Diäten für die auswärtigen Delegierten trugen die Stuttgarter dem Wunsche des Gauvorstandes, auf eine Entschädigung zu verzichten, Rechnung, gleichzeitig wurde den übrigen ans Herz gelegt, soviel als möglich die Gaukasse durch Verzichtleistung auf alle weitere Entschädigung — außer Fahrkosten und Mittagessen — zu schonen, welchem Wunsche denn auch die einzelnen willfahrten. — Dem Gauvorstande wurde das ganze Vermögen der Gaukasse — im Augenblick allerdings blutwenig — zum Zweck außerordentlicher Unterstützungen zur Verfügung gestellt. — Die Abänderung des Gaureglements fand in der Weise ihren Abschluß, daß auf Antrag nur § 3 Absatz 2 und 3 abgeändert und § 12 ganz gestrichen wurde. Alle anderen sich etwa notwendig machenden Abänderungen, zum Zwecke der Anpassung des Gaureglements an das neue Verbandsstatut, sowie die Aufstellung einer Geschäftsordnung zur Einteilung der Geschäfte im Gauvorstand selbst, wurden einer Kommission, bestehend aus den Herren Bojau, Säuberlich, Hildenbrand, Kowald und Lint, zur Beratung und Ausarbeitung überwiesen, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Stuttgarter Mitgliedschaft. § 3, Absatz 2 und 3 lauten in der neuen Fassung: „Der Gauvorstand besteht aus einem Vorsteher, einem bezahlten Verwalter, Schriftführer und zwei Beisitzern; die ersteren drei vertreten sich gegenseitig im Verbindungsfall. Der Gesamtvorstand erhält — mit Ausnahme des Verwalters — für seine Mühewaltung eine jährliche Remuneration von 100 Mk.; die aus den verschiedenen Kassenzweigen gewährte 2½ prozentige Remuneration fließt der Gaukasse zu.“ Der getrichene § 12 lautet: „Die Gaukasse muß jederzeit einen Reservefonds in der Höhe von 3 Mk. für jedes Mitglied besitzen.“ Bei der nun vorgenommenen Wahl des Verwalters wurde Herr Karl Knie einstimmig gewählt. — In betreff des Punktes Berichterstattung über die Generalversammlungen sowie des weitern: Beprechung über Tarifangelegenheiten, wurde auf Antrag mit der Motivie-

tung, daß die Zeit schon zu weit vorgerückt sei, um die Punkte in erschöpfender Weise behandeln zu können, den Anwesenden in dieser Beziehung das Studium des Corr. dringend empfohlen, wo die beiden Fragen in ausgiebiger Weise behandelt worden seien und noch werden. — Die Agitation gab zu einer längeren Debatte Veranlassung, als deren Resultat die Stellung und Annahme nachfolgenden Antrages zu betrachten ist: „Die heutige Gauderversammlung beschließt, dem Gaudvorstande dringend zu empfehlen, alle Mittel und Wege ausfindig zu machen, um die Gesamtcollegenchaft Württembergs an den Verein heranzuziehen.“ — Der Vorsitzende schloß, nachdem die Tagesordnung erledigt war, mit einigen zur Einigkeit und Ausbau in unseren Bestrebungen anfeuernden Worten und einem Hoch auf den neuen Verband den außerordentlichen Gaudtag. Da in anbetrachter der gegenwärtigen Verhältnisse von allen festlichen Arrangements im voraus abgesehen war, so vereinigten sich die Delegierten zu einem gemeinsamen Spaziergange nach der Burg und einem Gange durch die Stadt, um später bei gemütlichem Zusammensein noch einige Schoppen zu trinken.

H. D. Wilhelmshaven-Bant, 21. Juli. „Es kann der beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ Treffend paßt dieses Wort auf das derzeitige Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Buchdruckgewerbe. In ihrem, durch unsre Niederlage im Neunstundenkampfe noch bedeutend erhöhtem Uebermüthe lassen die Prinzipale in ihrer großen Mehrzahl nichts unversucht, halten in echter Kapitalistenmanier kein Mittel für unrecht, die Gehilfen zu drangsalieren, deren wirtschaftliche Lage zu verschlechtern und ihr gesellschaftliches Vereinigungsrecht zu nichte zu machen und dabei pösaunen sie in die Welt, die Gehilfenchaft und ihre „Aufheßer“ ließen sie so notwendigen Frieden im Gewerbe nicht aufkommen. Man sieht unsere Prinzipale, die Leipziger Matadore an der Spitze, an der unschönen Arbeit, sich die jetzige Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse zu nütze zu machen, indem sie erstens der Gehilfenchaft einen Tarif oktroyieren möchten, der in allen wesentlichen Punkten gegen den bisherigen eine Verschlechterung bedeutet und zweitens ihr das gesetzliche Recht der Koalierung freitig zu machen suchen durch Mahregelung der Mitglieder des U. V. Auf dem Felde dieser Thätigkeit wollte auch der hiesige Buchdruckereibesitzer Theodor Süß Lorbeeren ernten: eines von dem bei ihm beschäftigten fünf Mitgliedern wurde am letzten Sonnabende sofort entlassen, weil es bei seinem kurz nach dem Streik erfolgten Eintritt in die Kondition einen Revers unterschreiben mußte, daß es dem U. V. D. B. nicht angehören, was, wie es jetzt dem „Herrn im Hause“ zu Ohren gekommen, doch der Fall war und weil der betreffende Gehilfe außerdem ein „Wähler“ sei und die anderen Kollegen zum Eintritt in den „Verband“ begeistert habe! Der gemäßigteste Kollege wird selbstverständlich sein Recht auf vierzehntägigen Lohn zu finden wissen und das Gewerbegeicht wird diesem Unternehmer schon Klarheit darüber verschaffen, daß es eine Gewerbeordnung mit einem § 152 gibt, deren Bestimmungen auch er sich zu fügen hat. (Siehe auch den Fall Herzog-Mainz in Nr. 70 des Corr. Red.) Von den vier anderen Mitgliedern wurden zwei unbedingt, zwei mit dem Vorbehalte des Verbleibens im „Verbande“ gekündigt. Einem Gemäßigten gab Herr Süß den Rat, er möge doch als ansässiger junger Mann mit seines (des Prinzipals) gleichen verkehren und nicht mit den Sozialdemokraten, die ja zerrissene Hosen an hätten!! Hoffentlich gewährt dieser „ansässige intelligente Herr“ künftighin seinen Arbeitern einen dementsprechenden Lohn, wenn er will, daß dieselben seinem Rate folgen sollen; denn mit den jetzt von ihm bezahlten Löhnen ist es ein Ding der Unmöglichkeit, in Kreisen zu verkehren, die allerdings die „sozialdemokratische“ Eigenschaft — die „zerrissenen Hosen“ — nicht besitzen, aber desto mehr „unsozialdemokratische“, wie das Schwelgen in Wein und Sekt, das Zubringen der Nichte in den Armen der Halbwelt.

Kundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

Die Altenburger Kollegen haben am Schluß einer Resolution den Tarifausschuß des D. V. B. ersucht, den alten Tarif weiter bestehen zu lassen. Außerhalb Altenburgs wird wohl jeder Leser zweimal hinsehen, um sich zu überzeugen, ob diese Maß wirklich auf Wahrheit beruht. Es wäre gewiß recht idyllisch auf der Welt, wenn der Preis der Waren nach höflichen Worten und freundlichen Bitten normiert würde. Bisher hat aber hierin Angebot und Nachfrage entschieden und der Gewerbeverein ist gegründet worden, um das Angebot zu regeln und dadurch den Preis der Ware Arbeit auf eine menschenwürdige Höhe zu bringen, weil das Bitten in einer langen Vergangenheit den Arbeiter nicht aus einer schmähligen Lage zu bringen vermochte. Es ist ein verhängnis-

voller Trugschluß, heute vom Bitten etwas besseres zu erwarten als früher, wie wir übrigens das Bitten nicht nur für nutzlos, sondern für Gemeinverleumern Tarifausschüsse gegenüber. Halten denn die Altenburger Buchdrucker diese Unternehmerkommission unter Führung Ramsfs für eine Gesellschaft von Liebhabern, die um ihrer (der Altenburger Gehilfen) schönen Augen willen den aus der Reduktion entspringenden Mehrgewinn ohne weitem Druck gemütlcht wieder fahren läßt? Halten sie den wirtschaftlichen Kampf für ein Schächer-spiel? Sofern schon einmal gebeten sein mußte, waren den Altenburger Kollegen doch die eignen Prinzipale näher, mit diesen haben sie es auszumachen, daß die alten Arbeitsbedingungen nach wie vor gelten bleiben, nicht mit einer Korporation, die die Gehilfen als solche nie anerkennen werden; sie aber anzubitten, setzt die Anerkennung voraus. Auf die anderen Teile der Resolution wollen wir nicht weiter eingehen, sie bieten mit ihrer „nicht unbedingt nötigen Maßregel“ (Reduktion) und den angeblich schon besseren Lebensmittelpreisen ebenfalls Anlaß zum kritisieren. Wenn wir uns überhaupt mit der Resolution beschäftigten, so deshalb, weil Kundgebungen solcher Art der Gehilfenchaft leicht schaden können, indem sie Organe wie den Tarifausschuß und einen Teil von Prinzipalen noch anmaßender machen als sie von Haus aus sind.

In der Buchdruckerei von Max Hahn & Co. in Mannheim wurden, um das Zeitungspersonal während der herrschenden tropischen Hitze etwas zu entlasten, zwei Mann auf unbestimmte Zeit mehr eingestellt.

Die Leipziger Nachrichten, ein Blatt, das als Amtsblatt des Rates verhältnismäßig nur wenig Leser hat, sind für den hohen Preis von 80000 Mark an einen Herrn Herfurth übergegangen, der das Blatt in großem Maßstabe weiterführen will. Die technische Leitung übernimmt Herr Wolf, früher Prinzipal in Hagen, jetzt Geschäftsführer bei Ernst Heitmann in Leipzig.

Die Frankf. Bzg. schreibt: Die Sektionen Genf, Lausanne und Levev des Buchdruckerverbandes der franz. Schweiz haben den Prinzipalen einen neuen Tarif vorgelegt. Sie verlangen etwa 5 Proz. Erhöhung des festen Lohnes, 15 Proz. Erhöhung des Akkordlohnes und Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden. Nach offiziellen Äußerungen von Buchdruckerei-Besitzern sind diese nicht abgeneigt, die Arbeitszeit-Verkürzung zu bewilligen, wenn sie in der ganzen französischen Schweiz zur Annahme gelangt. Die Gehilfen hoffen ohne Streik diese Verbesserung ihrer Lage zu erhalten. — Irigendwelche direkte Nachrichten sind uns bis jetzt nicht zugegangen.

Briefe und Literatur.

Berurteilt. Der Redakteur des in Berlin erscheinenden Sozialist für zwei Monaten Gefängnis wegen Aufreizung, der mitangeflagte Drucker Werner wurde freigesprochen; der Redakteur der Halberstädter Sonntags-Zeitung zu 200 Mk. wegen Beleidigung der Direktion der Würzener Kunstmüllerwerke und Bisquitfabriken. Der betreffende Artikel enthielt eine Kritik der von genannter Direktion ihren Arbeitern zur Unterstüßung vorgelegten Petition, in welcher die Arbeiter darum bitten, die neuen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung in dem Mühlenbetriebe nicht in Kraft treten zu lassen.

Der als Illustrator der Fliegenden Blätter bekannte Ferd. Jul. Kleinmichel ist am 12. August in München gestorben.

Entgangenen bei der Redaktion.

Das Augustheft der in Bittau von Herrn Rob. Egner herausgegebenen Fachzeitschrift Die Reklame ist besonders reichhaltig. Wir empfehlen dieselbe wiederholt, weil sie besonders für den Accidenz- und Inseraten-seher mancherlei Anregung bietet, die von ihnen hergestellten Druckfachen originell zu gestalten. Preis halbjährlich 2 Mk.

Robert Owen, sein Leben und sozialpolitisches Wirken. Von B. Liebknecht. Verlag von Wörlein & Komp. in Nürnberg.

Ueber Staatssozialismus. Von Georg v. Kollmar. Verlag von Wörlein & Komp. in Nürnberg.

Industrie und Gewerbe.

Der Bericht des Fabriken-Inspektors für Sachsen-Altenburg gibt eine Lohnstatistik. Danach betrug der Wochenlohn in den

	für Männer:		für Frauen:	
	höchster	niedrigster	höchster	niedrigster
Dampfsiegeleien	24	7	14	4,80
Leinwandfabriken	28	8	10,80	6
Porzellanfabriken	40	9	18	5
Maschinenfabriken	36	7	12	7
Webereien und Spinnereien	45	7	17,50	5
Knopffabriken	30	6	15	5
Harmonikafabriken	24	9	6	5
Wurstfabriken	23	10	—	—
Brennereien	26	10	—	—
Zigarrenfabriken	27	5	17	3,50
Tafelfabriken	40	10	15	4

Die Angabe des höchsten und des niedrigsten Lohnes ist ja besser als die des Durchschnittslohnes, in dessen muß eine Lohnstatistik, wenn sie Wert haben soll, angeben, wie viele Arbeiter einen bestimmt angegebenen Lohn haben. Der oben angegebenen höchsten Löhne dürften sich immer nur einzelne erfreuen, die Mehrheit wird sich mehr mit einem Löhne begnügen müssen, der sich dem niedrigsten nähert.

Der Verein der Schneidermeister in Großbritannien will alle Mitglieder des 18000 Mann starken Gehilfenvereins auslösen.

Vereine, Klassen usw.

Der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer fand bei Anwesenheit von 25 Delegierten statt. Dem Geschäftsberichte des Vorstandes entnehmen wir, daß im vergangenen Jahre sich 155 Zahlstellen mit 13029 Mitgliedern dem Verband angeschlossen haben, während 5 sich auflösten. Die Einnahmen beliefen sich auf 85 120,78, die Ausgaben auf 56 490,41 Mark. Das Fachorgan beanpruchte 18 381,60, die Reiseunterstützung 5 254,10, der Rechtschutz 4 553,30 Mk. Streiks fanden in Nordenham, Lauenburg und Köstlin statt, in den ersten beiden Orten zu gunsten der Gehilfen, in Köstlin, wo es sich um eine Aussperrung handelt, ist die Sache noch unentschieden. In Pinneberg streikten dem Verband angehörige Bauarbeiter mit Erfolg. Es wurde dann beschlossen, den Quartalsbeitrag an die Generalkommission auch ferner zu zahlen und Kartellverträge je nach Gelegenheit abzuschließen. Nach einem Vortrag und sich daran schließender Debatte über Zweck, Ziele und Einrichtungen des Verbandes ging man zur Statutberatung über. Unter anderem wurde hierbei ein Antrag auf Herabsetzung der Extrabeiträge angenommen. Dieselben betragen bisher je nach der Lohnhöhe 20 Pf. bis 1 Mk. monatlich, in Zukunft nur 10 bis 80 Pf. Daneben wurden noch die über 60 Jahre alten Mitglieder von den Wochenbeiträgen befreit, ebenso die zu militärischen Uebungen eingezogenen, inhaftierte und franke Mitglieder von den Beiträgen und Extrabeiträgen und endlich ein Antrag abgelehnt, Vorstand und Ausschuß zu ermächtigen, bei Streiks und größeren Aussperrungen eine Extrasteuer zu erheben. Ein Entwurf, die Regelung von Streiks, ferner ein solcher über Reise-Unterstützung, Herbergsweesen und Arbeitsnachweis, die dem Statut als Anhang beigegeben werden sollen, wurden hierauf angenommen und nach Regelung einiger interner Angelegenheiten der Verbandstag geschlossen.

Der Vertreter der Vereinigten Gewerkschaft der englischen Maschinenbauer (aus deren bewegter Vergangenheit wir in den Nr. 30 und 31 ein unfrüheres Bewegung gleichendes Bild gezeichnet haben) hatte jüngst Gelegenheit, vor der Igl. Kommission zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse Mitteilungen über seinen Gewerbeverein zu machen, die in mehrfacher Hinsicht interessant sind. Der Verein zählt zur Zeit rund 70000 Mitglieder, von denen 80 Proz. auf England und Wales entfallen, während in die weiteren 20 Proz. sich Schottland, Irland, Kanada und die Vereinigten Staaten teilen. Das Komitee der Gewerkschaft hat auf Grund von Fragebogen, die es an die einzelnen Distriktssektionen verbandte und die sich auf die Fragen der Ueberzeitarbeit, der Stückarbeit, der Löhne, der Arbeitsstunden, der Wohnungsverhältnisse und der sanitären Beschaffenheit der Werkstätten bezogen, einen ausführlichen Bericht zusammengestellt, dessen Gesamt-ergebnis wie folgt lautet: Im ganzen haben Antwort eingelangt 125 Distrikte, die zusammen 55 281 Mitglieder repräsentieren. 124 Distrikte mit 54 509 Mitgliedern betrachten die Ueberzeitarbeit als ein Uebel, das die Arbeiter in ihrer Gesamtheit schädige und befürworten ihre möglichste Abschaffung. In 59 Distrikten mit 8745 Mitgliedern wurde wenig oder gar keine Ueberzeit gearbeitet, während in 61 Distrikten mit 39 630 Mitgliedern systematisch Ueberzeit gearbeitet wurde. In 33 dieser Distrikte belief sich die im letzten Jahre geleistete Ueberzeitarbeit auf 18,7 Proz. des regulären Tagewerkes, so daß, bei sonst gleichen Produktionsbedingungen, ohne Ueberzeitarbeit rund 4000 Arbeiter mehr Beschäftigung gefunden hätten. In 5 Distrikten war die Ueberzeitarbeit auf ein Maximum von 18 Stunden im Monate beschränkt, während der Distrikt von Swindon — wo sich die großen Eisenbahnwerkstätten der Great-Western-Eisenbahngesellschaft befinden — die Ueberzeitarbeit als kein Uebel oder Schaden für die dortigen Arbeiter erklärte, da „sie nicht systematisch Ueberzeit arbeiteten.“ (!) Was die Stückarbeit anbelangt, so war dieselbe in 49 Distrikten ganz ausgeschlossen, herrichte dagegen in 76 Distrikten teils mehr, teils weniger vor. 123 Distrikte, die 95,2 Proz. sämtlicher Mitglieder der Gewerkschaft vertreten, erklären die Stückarbeit für verderblich; sie führe zu Schwindelarbeit, zum Verheimlichen von Fehlern in teilweise fertiggestellten Arbeiten, es werde bei ihr aus dem Arbeiter das höchste Arbeitsquantum für den geringst möglichen Lohn herausgeschunden und sie sei die Ursache von allerhand Reibereien und Eifersüchteleien unter den Arbeitern, ihre Beseitigung würde

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 101. — Sonntag den 28. August 1892.

bessere Arbeiten sowie bessere Löhne und regelmäßiger Beschäftigung für die Arbeiter zur Folge haben. Nur ein Distrikt machte eine Ausnahme und erklärte die Stückerbeit für nicht schädlich; es ist dies der schon erwähnte Distrikt Swindon. Der Distrikt von Oldham, der zu denen gehört, welche die Stückerbeit für verderblich erklärten, konnte die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die Bekämpfung derselben am Orte die Wirkung haben werde, die Arbeitsgelegenheit solchen Orten zuzuwenden, wo die Stückerbeit im Schwunge sei. Die Löhne der Mitglieder der Gewerkschaft betragen im Durchschnitte nominell 33 Sh. 4 P. die Woche, das heißt so hoch belief sich die auszubezahlte Lohnrate nach Abzug der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit infolge von Krankheit usw. pro Mitglied. Dagegen kam auf den Mann nur ein Lohnneinkommen von 29 Sh. 2 P. die Woche; dies bezieht sich indes nur auf diejenigen Arbeiter, die nicht auf Stück oder Accord arbeiteten. Die Löhne der nicht der Gewerkschaft angehörenden Kollegen betrugen, soweit dies ermittelt werden konnte, im Durchschnitte 2 Sh. weniger die Woche als die der Gewerkschaftsmitglieder. Die normale Arbeitszeit betrug in 100 Distrikten, die 61,5 Proz. der Mitglieder vertraten, 54 Stunden, in 25 Distrikten, die 38,4 Proz. der Mitglieder vertraten, 53 Stunden die Woche. (Dazu kommt indes noch die geleistete Ueberzeitarbeit.) Die Ausgaben für die Wohnsmiete betragen bei 55281 Mitgliedern im Durchschnitte 5 Sh. 9 1/2 P. die Woche. Was schließlich die sanitäre Beschaffenheit der Fabriken und Werkstätten anbetrifft, so erklärten 50 Distrikte mit 895 Mitgliedern dieselbe für im allgemeinen befriedigend, 75 Distrikte mit 83,8 Proz. der Mitglieder — also die größten Distrikte — erklärten dagegen: „die sanitären Einrichtungen sind schlecht und strenge Inspektion ist dringend nötig“. Der Vertreter der Gewerkschaft, J. W. Whittaker von Manchester, der diesen Bericht verlas, erklärte dann noch persönlich unter andern auf Anfrage eines der Kommissionsmitglieder, daß, was die Achtstundenfrage anbetrifft, er zwar die Erlangung des Achtstundentages durch die eigne Kraft der Gewerkschaft vorsehen würde, daß aber die Einmischung der Gesetzgebung doch wohl notwendig werden würde.

Arbeiterbewegung.

Ueber die von den deutschen Formern in den letzten Jahren geführten Lohnkämpfe erhalten wir folgende Mitteilung: Seit dem Herbst 1888 haben bis Mitte des Jahres 1891 die Ausstände ununterbrochen fortgedauert. Erst seit dem Spätsommer vorigen Jahres ist infolge des langen Kampfes auf beiden Seiten eine Erschlaffung eingetreten, die mit Naturnotwendigkeit momentan zum Waffenstillstande geführt hat. Ein Sieg ist auf keiner Seite zu verzeichnen. Die Nachwehen in Gestalt von schwarzen Listen — namentlich in Hamburg — dauern noch fort. Ein charakteristisches Zeichen für die Tendenz des Unternehmertumes, das sich nicht damit begnügt, im ökonomischen Kampfe die Oberhand zu behalten, sondern auch bestrebt ist, die unzufriedenen Arbeiter vollständig in ihrer Existenz zu ruinieren. Im Auslande befanden sich vom Herbst 1888 die Formern in folgenden Städten: Bredow b. Stettin, Flensburg, Halle, Dresden, Bernburg, Duisburg, Bremen, Hannover und anfänglich auch Braunschweig. Nachdem schon in Braunschweig die Differenzen zwischen den Unternehmern und Formern geregelt und beigelegt waren, erfolgte noch vor dem endgültigen Friedensschluß und diesen vereitelnd die Koalition der Unternehmer und nun erfolgte die Aussperrung in einer Stadt nach der andern. In Braunschweig, wo ein partieller Streit nur wenige Tage gedauert hatte, erfolgte die erste Aussperrung der gesamten Formern. Ihr folgten die in Hamburg und schließlich im Februar 1890 auch in Altona-Otensen nach. Ein riesiger Kampf entspann sich nun, der auf der ganzen Linie mehr oder weniger bis in den Spätsommer des vorigen Jahres andauerte. Vom Beginne des Kampfes 1888 bis zum 1. April 1890 kosteten die Ausstände im Aussperrungsgebiete Braunschweig, Hamburg und Altona-Otensen 138 288,64 Mt., in Bredow b. Stettin, Flensburg, Halle, Dresden, Bernburg, Duisburg, Bremen und Hannover 41 039,23, in Summa 179 327,87 Mt. Vom 1. April 1890 bis zum 1. Januar 1891 sind dann noch ferner insgesamt für die Aussperrungen, denn die Streiks mußten und sind auch angesichts dieses Niesenkampfes ganz in den Hintergrund getreten, ausgegeben 2880,25 Mt., so daß die Gesamtsumme dieses Kampfes sich auf 182 208,12 Mar* beläuft. Die tatsächlich ausgegebene Summe entzieht sich der Berechnung. Für die Gemäßigten

wurden nachträglich noch 2795 Mt. und für die im Kampfe um das Koalitionsrecht befindlichen Arbeiter anderer Berufe 3285 Mt. aufgebracht. Ferner noch zur Beschaffung von Weihnachtsgeschenken für die Kinder der ausgesperrten Formern 926 Mt.

In Budapest streiten die Omnibuskutscher im Einverständnisse mit den Besitzern gegen eine Verordnung des Gemeinderates, die eine Ueberanstrengung der Bediensteten im Gefolge hatte.

Verschiedenes.

Die kgl. Regierung in Arnberg hat den Verwaltungen der größeren Städte den Bau von Arbeiterwohnungen aus den Ueberschüssen der städtischen Sparkassen empfohlen. Die betreffenden Häuser sollen nach und nach in den Besitz der Mieter gelangen — unter den heutigen Verhältnissen ein recht zweifelhafter Besitz. Es werden auch verschiedentlich Versuche gemacht, die Gelder der Alters- und Invalidenversicherung zu diesem Zwecke zu erlangen. Die betr. Anstalten in Hannover, Sachsen, Anhalt usw. haben sich bereits bereit erklärt, hierzu Darlehen zu einem mäßigen Zinsfuß zu gewähren. Schlesien will sogar eine Million Mark dazu verwenden, wenigstens hat der Vorstand

der dortigen Versicherungsanstalt einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Westfalen und die Rheinprovinz dagegen haben eine Beteiligung direkt abgelehnt.

Gestorben.

In Berlin am 30. Juli der Invalide (Maschinenmeister) Theodor Garagon, 60 Jahre alt — chronisches Herzleiden; am 1. August der Sezer Joh. Kleinschmidt, 20 Jahre alt — durch Erschießen; am 14. August der Maschinenmeister Paul Scharffenberg, 32 Jahre alt — Lungenleiden.

In Bromberg am 12. Juli der Sezer Otto Brznowski, 30 Jahre alt — Bleifolik. (B. erhielt von der Berliner Ortskasse Sterbegeld.)

In Dresden am 6. Juli der Sezer Max Hartwig, 36 Jahre alt — Lungenleiden. (B. erhielt von der Berliner Ortskasse Sterbegeld.)

Briefkasten.

Herrn D. Bollender, hier: Ihre erwiderten Artikel haben wir, da er für die Öffentlichkeit ungeeignet, direkt Herrn -n. zugeschickt. — H. in Mainz: Dank für freundliche Mitteilung und Gruß. — H. in Düsseldorf: Vorstandunterchrift nötig.

Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker. Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für die Mitglieder des U. V. D. V. (U. V. D.)

Quittung über im 1. Quartal 1892 eingegangene und verausgabte Gelder.

Verwaltungsstelle	Einnahme					Ausgabe				
	Eintr.-geld	Ordentl. Beiträge	Ordn.-strafen	Vor- resp. Zuschuß p. 1. Q. 92	Summa	Kranken-geld	Begräbnis-geld	Verwalt. und Rückzahl.	Rückbeh. Vorbeh. p. 2. Q. 92	Ein-gesandt
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Berlin	90,00	16793,70	10,00	14220,15	31113,85	27194,45	450,00	362,28	3107,12	—
Bremen	15,00	2508,00	3,00	600,00	3126,00	1919,55	100,00	61,05	200,00	845,40
Breslau	42,00	4807,55	—	500,00	5349,55	4093,65	250,00	102,48	200,00	703,42
Bromberg	3,00	782,10	—	846,00	1631,10	830,10	100,00	18,00	683,00	—
Chemnitz	9,00	2168,65	—	1200,00	3377,65	1835,85	—	59,55	800,00	682,25
Danzig	9,00	748,55	—	93,40	850,95	330,45	100,00	16,10	104,40	300,00
Dresden	9,00	5427,40	—	6000,00	11436,40	7884,25	300,00	115,85	3100,00	36,30
Essen a. d. Ruhr	48,00	5706,80	—	3000,00	8754,80	4590,90	400,00	169,60	2500,00	1094,30
Flensburg	15,00	2124,65	—	1000,00	3139,65	1862,75	—	49,58	1200,00	27,32
Frankfurt a. M.	27,00	3515,60	—	6700,00	10242,60	4138,20	100,00	90,15	2300,00	3614,25
Freiburg i. Br.	48,00	2313,85	5,00	—	2366,85	2043,45	—	49,02	150,00	124,38
Halle a. S.	75,00	3790,05	—	1200,00	5065,05	3195,59	300,00	102,41	1200,00	267,05
Hamburg	27,00	6519,15	—	—	6546,15	4754,70	300,00	137,05	1300,00	54,40
Hannover	6,00	5827,80	—	5440,38	11274,18	3220,21	100,00	130,84	—	7823,13
Königsberg i. Pr.	18,00	1830,40	—	200,00	2048,40	1652,70	100,00	40,37	200,00	55,33
Leipzig	66,00	13288,00	—	—	13354,00	11694,00	300,00	268,13	1000,00	91,87
Mainz	60,00	4577,65	—	3000,00	7637,65	4030,85	—	110,54	2500,00	996,26
München	162,00	10101,70	—	3000,00	13263,70	11658,10	450,00	215,50	940,10	—
Schwerin i. M.	—	1832,05	—	200,00	2032,05	1474,95	—	39,79	200,00	317,31
Stettin	12,00	2445,30	—	—	2457,30	1273,65	100,00	53,39	—	1030,26
Stuttgart	132,00	7959,60	10,00	2000,00	10101,60	7567,15	600,00	172,04	—	1762,41
Weimar	42,00	3671,25	—	—	3713,25	2257,50	—	128,90	—	1326,25

Anmerkungen. Den ordentlichen Beiträgen sind hinzugerechnet: an Nachzahlungen bei den Verwaltungsstellen Berlin 578,60 Mt., Bremen 13,20 Mt., Breslau 31,90 Mt., Chemnitz 28,05 Mt., Dresden 82,50 Mt., Flensburg 5,50 Mt., Frankfurt a. M. 106,70 Mt., Halle a. S. 61,60 Mt., Königsberg 20,35 Mt., Schwerin i. M. 25,85 Mt., Stettin 40,70 Mt., an Rückzahlungen bei der Verwaltungsstelle München 51 Mt. Gesamtzahl der steuernden Mitglieder 17900.

Einnahme.	Bilanz am 31. März 1892.	Ausgabe.	
	Mt. Pf.	Mt. Pf.	
An Saldo-Vortrag vom 31. Dezbr. 1891	373385 46	Per Kranken- u. Begräbnisg., Zinsen usw.	117331 77
„ Eintrittsgeld, Beiträgen, Zinsen usw.	112523 50	„ Saldo-Vortrag für 1. April 1892	368577 19
	Sa. 485908 96		Sa. 485908 96
Berlin.	Der Vorstand.	E. Dublin, Vorsitzender. G. Eifler, Kassierer.	

Auszug aus den Protokollen der Vorstandssitzungen im 1. und 2. Quartal 1892.

1. Umlagekosten. Einen Beitrag zu den Kosten des Umlages erzielten: im Gau Schlesien 32 Mitglieder, Diterland-Thüringen 21, Bayern und Erzgebirge-Bogtland je 19, Mecklenburg-Vibed 18, Leipzig 17, Dresden 15, Rheinland-Westfalen und An der Saale je 12, Mittelrhein 11, Oder 8, Württemberg und Frankfurt-Essen je 7, Oberhein und Schleswig-Holstein je 4, Berlin 3, Ostpreußen 2 und Hannover, Posen und Westpreußen je 1 Mitglied.

2. Rechtschluß. Derselbe wurde insgesamt 7 Mitgliedern bewilligt und zwar 4 Mitgliedern im Gau Mittelrhein, 2 Mitgliedern im Gau Schlesien und 1 Mitglied im Gau An der Saale.

3. Krankenkasse. Wegen Uebertretung des § 12 Abs. 1 des Statuts mußte insgesamt gegen 11 Mit-

glieder auf Ordnungsstrafen erkannt werden und zwar gegen je 2 Mitglieder in den Verwaltungsstellen Stuttgart, Halle und Essen, ferner gegen je 1 Mitglied in den Verwaltungsstellen Chemnitz, Dresden, Freiburg, Hannover und Weimar. — Ausgeschlossen wurden gemäß § 5 Abs. 3e in der Verwaltungsstelle Essen 1 Mitglied; auf grund § 5 Abs. 3a (wegen Restierens der Beiträge) in der Verwaltungsstelle Essen 4 Mitglieder, Verwaltungsstellen Stuttgart und Flensburg je 6, Verwaltungsstelle Leipzig 29 Mitglieder. — Neu aufgenommen wurden in den Verwaltungsstellen Berlin 76, Bremen 2, Breslau 8, Chemnitz 5, Danzig 8, Dresden 101, Essen 55, Flensburg 21, Freiburg i. Br. 28, Halle 25, Hamburg 6, Hannover 53, Königsberg i. Br. 26, Leipzig 51, Mainz 2, Posen 2, Schwerin i. Medl. 8, Stuttgart 66, zusammen 543 Mitglieder.

4. Verwaltung. Bestätigt die Neuwahl der Verwaltungen zu Hamburg, Stuttgart und Leipzig. — Verlegt die örtliche Verwaltung der Krankenkasse von Posen nach Bromberg und genehmigt die Wahl der geschäftsführenden Verwaltungsmitglieder daselbst. — Entgegengenommen die von den Revisoren und dem gerichtlichen Bücherrevisor geprüften Bilanzen der Allgemeinen und Zentral-Krankenkasse. — Ferner beschaffte sich der Vorstand in verschiedenen Sitzungen mit den Vorschlägen zum Halberstädter Gewerkschaftskongresse sowie des Kongresses der eingeschriebenen Hilfskassen zu Hamburg; Besprechung über das den Mitgliedern und der Ende Juni in Stuttgart abgehaltenen Generalversammlung vorzulegende neue Statut des U. V. D. B. und der hierzu eingegangenen Abänderungsanträge; ferner fanden mehrere Besprechungen über die mit den übrigen graphischen Verufen einzugehende engere Verbindung statt. — Eingegangen die Jahresberichte der Gauve Hamburg, Württemberg, An der Saale, Leipzig, Oesterland-Thüringen, Bayern und Schlesien sowie des Unterstützungvereins für Elbsaß-Bohmen, des Bulgari-schen Typographenbundes, der Londoner Segeergesellschaft, der Buchdrucker, Lithographen und Steindruckerkraais, der Buchdrucker und Schriftgießer Märhrens,

der Putowina und Oberösterreichs, der Kronlandsber-eine Destr.-Schlesien, Tirol und Boralberg, des Triester Vereins, des Schweizerischen Typographenbundes, ferner der halbjährliche Bericht der Deutsch-amerikanischen Typo-graphia. — Festgestellt Zirkulare 39 bis 45 sowie vier ohne Nummer.

5. Geschäftsverkehr in obigen zwei Quartalen: Eingegangen 2638, abgegangen 3242 Postsendungen.

Bezirk Frankfurt a. M. Montag den 29. August, abends 1/2 9 Uhr: Bezirksversammlung im Lokale der Goldenen Zange, Fahrgrasse 52.

Zur Aufnahme hat sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu senden):

In Kaufbeuren der Maschinenmeister Joseph Wanta, geb. in Kobau 1873, ausgel. in Marienbad 1891; war noch nicht Mitglied. — Julius Hanke in München, Marsstraße 34, III.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Lüneburg. Der Sezer M. P. Frandsen aus Jaungbde bei Stonoberg (augenblichlich auf der Reise)

wird aufgefordert, seine Adresse an Ad. Stutmund, v. Sternsche Druckerei, gelangen zu lassen, damit ihm sein hier angekommenes Buch zugestellt werden kann.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse. (E. S.)

Breslau. Abgegeben 446 Stimmzettel, 2 un-gültig. Es stimmten für Auflösung 392, gegen 52. Bezirk Oppeln steht noch aus.

Gemüth. Für Auflösung der Krankenkasse stimmten 218, gegen 29.

Leipzig. Die Auszählung der Stimmzettel, die Auflösung der B. K. K. betr., ergab folgendes Resultat: Eingegangen 1103 Stimmzettel, davon 978 für Auflösung, 114 gegen Auflösung; 11 waren weiß bzw. ungültig.

Mainz. Bei der Abstimmung über den zu stellen-den Antrag auf Auflösung der B. K. K. wurden 590 Stimmzettel ausgegeben. Davon gingen ein 556 und von diesen waren 498 für und 56 gegen den Antrag auf Auflösung. Weiß waren 8 Stimmzettel.

München. Für Auflösung der B. K. K. stimmten 970, gegen 113 Mitglieder.

Stuttgart. Der Antrag auf Auflösung der Kasse wurde mit 748 Stimmen gegen 66 angenommen, 4 Stimmzettel weiß und 1 ungültig.

Dreizehntelne Seite 25 Pf., Angebote und Gesuche von Stellen sowie Versammlungs-Anzeigen die Seite 10 Pf.

Anzeigen.

Belegnummern 5 Pf. — Betrag bei Aufgabe zu entrichten. Offerten ist Freimarte beizufügen.

Eine kl. Buchdruckerei

gut eingerichtet, mit fester Kundschaft. u. guten Arbeiten, sofort preiswert anderer Untern. wegen zu verkaufen. Offerten erbeten Berlin, Gerhartstraße 14. [966]

Junger, tüchtiger Setzer

der vier Jahre im Annoncensatz thätig war, sucht ähnliche Stelle (auch leichtere Accidenzen). Eintritt könnte bis 19. September oder später erfolgen. Offerten erbeten unter H. W. 963 an die Geschäftsst. d. Bl.

Ein in allen Sazarten tüchtiger Schriftsetzer

der Mitte Septbr. militärfrei wird, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, Kondition, am liebsten in Hannover. Off. unter F. V. 969 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Verlag von Alexander Waldow, Leipzig.

Das Wappen der Buchdrucker, 47 zu 62 cm gross, in prachtvollem Farbendrucke. Preis 2,50 Mk. Verpackung extra 15 Pf.
do. kleine Ausgabe in Quart, Buntdruck und ge-prägt. Preis 1,50 Mk.
Portrait Gutenbergs in Holzschnitt mit Tondruck. Grösse des Schnittes 36 zu 45 cm. Preis 2,50 Mk. Verpackung extra 15 Pf.
do. kleine Ausgabe in Quart, auf chamois Papier. Preis 60 Pf.
Die Festtage des Buchdruckers. Eine Sammlung Prologe, Festgrüsse, Gesellschaftslieder, Grüsse und Lieder zu Jubelfesten usw. Preis brosch. 1,50 Mk., kart. 2 Mk., eleg. geb. mit Gold-pressung und Goldschnitt 3 Mk.
Gautsch-Diplome, schön ausgestattet, mit Motto und dem Zweck entsprechendem Texte versehen, gross Folio. Preis 1,50 Mk. [8]

Bestellungen erbitte per Buchhandel od. direkt per Post-einzahlung, da ich unter Nachnahme nicht expediere

Universal-Nagel-Apparat

z. Befestigen d. Druckplatten. Gebrauchsmuster 6003.

Vorteile:

Absolut sicheres Arbeiten. — Kein Vorstechen und Nachbun-sen. — Verletzung der Konturen ist ausgeschlossen. Zeitersparnis.

Unentbehrlich f. Maschinen-meister, Stereotypeure, Gal-vanoplastiker usw.

Preis 3 Mk. u. 20 Pf. Porto.

Umbreit & Matthes
Leipzig.

Der kostenlose Konditions-Nachweis

des Maschinenmeister-Vereins Berliner Buchdrucker be-findet sich zur Zeit in Händen des Herrn Wlth. Timm, Ritterstraße 41, Quergeb., Buchdruckerei, Berlin SW.

Fabrikation von patent. Falzmaschinen zur Anknüpfung an Schnellpressen mit Bogenschreiber für Zeitungen und selbst-thätige für Bücher u. Broschüren usw.

Maschinenfabrik Heidelberg Molitor & Cie
Heidelberg (Baden).
Papierschneidemaschinen.

A mit Hebelsystem:				B mit Rädernsystem:			
Schnittl.	Schnittth.	ohne Untergest.	mit Unterg.	Schnittl.	Schnittth.	ohne Untergest.	mit Untergest.
36 cm	7 cm	Mk. 110		61 cm	15 cm	Mk. 470	
51 "	8 "	" 130	Mk. 150	65 "	15 "	" 510	
61 "	10 "	" 175	" 210	72 "	16 "	" 675	
65 "	10 "	" 220	" 250	94 "	19 "	" 1175	
				105 "	20 "	" 1350	

Pappscheren

ganz aus Eisen, auch mit eisernem Tisch, in 102 cm Schnittlänge zu Mk. 200 und Mk. 250.

Tiegeldruckpressen, Kartonscheren, Falzapparate und Falzmaschinen
in unerreichter Vollkommenheit zu billigsten Preisen.

Kontante Zahlungsbedingungen. Garantie 2 Jahre.

J. D. Trennert & Sohn

Schriftgiesserei und Buchdruck - Utensilien - Handlung
Altona-Hamburg
 liefern kompl. Buchdruckerei-Einrichtungen.
 General-Vertreter der
Schnellpr.-Fabrik v. Bohn & Herber
 in Würzburg.

Gebr. Grünebaum

Fachschreinerie mit Dampftrieb
Bürgel-Offenbach
 Gegründet 1850. empfiehlt Gegründet 1850.
Regale, Setzkästen u. Zinkschiffe
 gut und dauerhaft gearbeitet, grosser Setz-kasten 5,50, kleiner Setzkasten 3,30 Mk.
 Probekästen und illustrierte Preis-kourante auf Verlangen.

Komplette Druckerei-Einrichtungen

für Accidenz-, Werk- und Zeitungsdruck mit den neuesten, prakt. Maschinen, Schriften u. Utensilien liefert billigst und in kürzester Frist

Gutenberg-Haus Franz Franke

33 Mauerstr. BERLIN W, Behrenstr. 7a.
 Schriftgiesserei. Maschinenbau-Anstalt. Fach-tischlerei.

Meine langjährigen Erfahrungen als praktischer Buch-drucker bieten die beste Gewähr dafür, dass Buchdrucker-einrichtungen jeden beliebigen Umfanges und für jede Sprache in richtigem Verhältnisse geliefert werden, jedes Uebermass in den Anschaffungen vermeiden und dadurch die Kostensumme auf das Aeusserste beschränkt wird.

Buchdruckerei-Einrichtungen

Mit den praktischsten Maschinen, Schriften, Utensilien usw. liefert, gewissenhaft zu-sammengestellt ohne jede Verschwendung, in kürzester Zeit und bei bekannter reeller Bedienung das Polygr. Magazin

Paul Härtel, Maschinenwerkstatt und Fach-tischlerei, Leipzig, Inselstr. 8.
Komplette Einrichtungen stets am Lager.

Gestern Abend verschied plötzlich, nachdem er noch morgens im Geschäft thätig gewesen war, unser Kollege

Aug. Wülfrath

aus Elberfeld, im 31. Lebensjahre. Seine rege Teilnahme für alle Sachen der Allgemeinheit sichern ihm ein ehrendes An-denken bei allen, die ihn kannten. [967]
 Hamburg, den 24. August 1892.
Die Kollegen des Hamburger Echo.

Unserm treuen Freund und Kollegen **Franz Pirschky** zur Eröffnung seines Restaurant „Zum Zwinger“, Zwingerstrasse 27, die herzlichsten Glück-wünsche. [970]
 Halle a. S., 27. August 1892.
S.U.L.L.U.J.S.A.M.O.H.T.

Durch die Geschäftsstelle des Corr. ist zu beziehen:
3000 Wochen Krieg oder Der deutsche Buchdruckerstreik 1891/92. Aufr. Erinnerungschrift von A. Weiß. 25 Pf.
Zyphog. Mertei. Technisches Hilfsbuch für Lehrlinge u. jüngere Ge-sellen. Von S. Schwarz. 60 Pf.
Anleitung zur Verminderung der Arzneikosten bei den Kranken-kassen von Dr. Randmann. 1 Mt.